

Schlechte Absatzlage bewirkt Gewinneinbrüche ..	133
Noch immer beträchtlicher Einkommensabstand zwischen West-Berlin und Ost-Berlin	140

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 10/94

Berlin

3.E

10. März 1994

61. Jahrgang

Schlechte Absatzlage bewirkt Gewinneinbrüche

Die Sachkapitalrendite der westdeutschen Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung erreichte mit 21,6 vH im Jahre 1991 einen der höchsten Werte seit 1962. Gegenüber dem letzten Tiefststand von 15,3 vH im Jahre 1982 verbesserte sie sich damit um 6 vH-Punkte. Deutlich stärker stieg die Eigenkapitalrendite. Von 1982 bis 1991 erhöhte sie sich um 11 vH-Punkte auf 27,4 vH. Der kräftige Rückgang der Gewinne in den Jahren 1992 und 1993 verringerte die Eigenkapitalrendite auf 22,8 vH. Damit liegt sie immer noch über dem Wert von 1987 und um 7 vH-Punkte über dem Tiefststand von 1982.

Insgesamt machen die Ergebnisse deutlich, daß sich für den Durchschnitt der Produktionsunternehmen die Gewinn- und Renditesituation 1992 und 1993 gegenüber dem Ausnahmejahr 1991 zwar deutlich verschlechtert hat, doch ist im längerfristigen Vergleich selbst die Situation im Jahre 1993 als eher überdurchschnittlich einzuschätzen. Anders sieht die Situation im verarbeitenden Gewerbe aus. Die für die Wirtschaft Westdeutschlands als Ganzes konstatierte vereinigungsbedingte Verlängerung des letzten Wachstumszyklus wird an der Rentabilitätsentwicklung des verarbeitenden Gewerbes nicht erkennbar. Von 1988 bis 1991 blieb die Sachkapitalrendite nahezu unverändert. 1992 sank sie wieder auf das im längerfristigen Vergleich ohnehin sehr niedrige Niveau von 1982.

Die Ermittlung des in einem Unternehmen erzielten Gewinns und der Rentabilität des eingesetzten Kapitals gehört zu den wichtigsten Aufgaben des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens. Der Gewinn stellt letztlich das Residuum aller unternehmerischen Aktivitäten sowohl auf der Absatz- als auch auf der Kostenseite dar, daher ist seine Ermittlung keineswegs unproblematisch. Im Vergleich zu den vielfältigen Ansätzen, die auf der betrieblichen Ebene entwickelt wurden, um zu adäquaten Kennziffern des betrieblichen Erfolges zu gelangen, sind auf volkswirtschaftlicher Ebene die Möglichkeiten zur Beurteilung der Gewinnsituation der Unternehmen ungenügend und werden durch zusätzliche Probleme erschwert.

Methodische Probleme

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wird das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen als Residualgröße ermittelt. Damit sollen die im

gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozeß entstandenen Gewinne abgebildet werden. Ausgeklammert bleiben die finanziellen Vorgänge in den Unternehmen, insbesondere die Zinsaufwendungen und die Zinserträge.

Für eine Grobabschätzung der Gewinnentwicklung in den Unternehmen mag die Beobachtung dieser Größe zwar ausreichen, sie vermittelt jedoch aus mehreren Gründen aus der Sicht der Unternehmen nur ein unzulängliches Bild der Gewinnsituation. Sie ist daher kaum geeignet, die Bedeutung der Gewinne für unternehmerische Entscheidungen abzubilden. Der als Rest ermittelte Gewinn ändert seine Höhe sehr schnell bei nur geringfügigen Änderungen von Absatz und Kosten. Insbesondere am aktuellen Rand, wenn die Informationen unvollständig sind und daher teilweise geschätzt werden müssen, sind Aussagen über die Gewinnsituation der Unternehmen leicht mit Fehlern behaftet. Mit den vorhandenen Statistiken können der Absatz und — auf der Kostenseite — die Löhne meist frühzeitig und recht gut erfaßt werden. Dagegen sind

die Vorleistungskosten für die Jahre 1992 und 1993 nur sehr grob abschätzbar. Zusätzlich eingeschränkt wird die Aussagekraft seit der Vereinigung, wenn sich die statistischen Angaben nicht eindeutig auf West- oder Ostdeutschland aufteilen lassen.

Ein weiteres Problem für die Beurteilung der Gewinnsituation der Unternehmen liegt in der Abgrenzung des Unternehmenssektors. Hierzu zählt in der VGR neben den rechtlich selbständigen Unternehmen auch der — funktional abgegrenzte — Sektor der Wohnungsvermietung. In diesem Wirtschaftszweig sind neben den Wohnungsbauunternehmen auch alle Vorgänge in den privaten Haushalten erfaßt, soweit sie sich auf das Eigentum von Wohnungen und Eigenheimen beziehen. Dies trifft zum einen ihre Investitionen, zum anderen auch die Erträge und Kosten privater Haushalte, soweit sie mit Wohnungseigentum verbunden sind. Bei der Quantifizierung wird nach internationalen Konventionen überwiegend mit unzulänglichen kalkulatorischen Größen gearbeitet. Die Ergebnisse haben mit dem im Sektor Wohnungsvermietung erzielten Gewinn nur wenig zu tun.

Eine weitere Besonderheit ist bei den finanziellen Institutionen — den Banken und Versicherungen — zu beachten. In diesen Sektoren kann die Produktionsleistung nicht nach dem üblichen Schema warenproduzierender Unternehmen ermittelt werden. Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Banken, deren Erträge sich überwiegend aus Zinseinnahmen für das eingesetzte Geldkapital speisen. Nach den Konventionen der VGR gehören Zinserträge zur Finanzierungssphäre der Unternehmen und stellen keine Einnahmen aus Produktionstätigkeit dar. Berücksichtigt

werden muß ferner, daß zum Bankensektor auch die Bundesbank mit ihren in den letzten Jahren immer sehr hohen Gewinnen gerechnet wird.

Es ist daher zweckmäßig, die Wohnungsvermietung und die finanziellen Sektoren gesondert zu behandeln und Gewinnanalysen auf die Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung zu konzentrieren. Damit soll allerdings nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Sektoren am gesamtwirtschaftlichen Gewinn nicht beteiligt sind, sie sind lediglich an der Entstehung der Gewinne, so wie sie in der VGR abgebildet werden, nur begrenzt beteiligt. Unter Berücksichtigung der Finanzierungssphäre, also der Zinsausgaben und -einnahmen der Unternehmen, haben die hier ausgeklammerten Unternehmenszweige einen Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Gewinnen von knapp 30 vH. Bei den im Unternehmenssektor verbliebenen Gewinnen beträgt der Anteil sogar mehr als 50 vH (Tabelle 1).

Es wäre sicher wünschenswert, weitere Besonderheiten in einzelnen Unternehmenszweigen zu berücksichtigen. So liegt es nahe, jene Zweige der Volkswirtschaft gesondert zu behandeln, in denen die Arbeitsleistung der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen eine bedeutende Rolle spielt, da in diesem Falle ein Teil der Residualeinkommen gedanklich als Unternehmerlohn von den Gewinnen abgezogen werden muß. Dies gilt vor allem für die Landwirtschaft und einige Dienstleistungsbereiche, insbesondere die freien Berufe. Soll bei der Gewinnanalyse auch die finanzielle Sphäre der Unternehmen berücksichtigt werden, ist jedoch eine weitere branchenmäßige Aufteilung im Rahmen der VGR nur begrenzt möglich. Hier

Tabelle 1

Abgrenzung der Gewinne des Unternehmensbereichs
1990

	Unternehmen insgesamt	Produktions- unternehmen*)	Finanzielle Sektoren	Wohnungs- vermietung
	Mrd. DM			
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (VGR-Konzept)	553	507	—57	103
∕ Umbuchungen	145	216	—95	24
= Unternehmerlohn ¹⁾	104	104	0	0
Betriebliches Bewertungskonzept ²⁾	—28	6	—1	—33
Nettozinsen ³⁾	69	106	—94	57
Unternehmensgewinne (DIW-Konzept)	408	291	38	79
Entnahmen u. ä. ⁴⁾	256	225	6	25
Veränderung der Eigenmittel ⁵⁾	152	66	32	54

¹⁾ Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in den Wirtschaftszweigen multipliziert mit dem jeweiligen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der beschäftigten Arbeitnehmer. — ²⁾ Steuerliche Abschreibungen. — ³⁾ Einschließlich der Ausschüttungen. — ⁴⁾ Direkte Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, laufende Übertragungen, Vermögensübertragungen und der Saldo aus Käufen und Verkäufen von Land. — ⁵⁾ Ohne Aktienkäufe bzw. -verkäufe. — *) Ohne Wohnungsvermietung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 2

Jahresabschluß der Produktionsunternehmen*)
in Mrd. DM

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Erfolgsrechnung														
Produktionswert	3 253	3 418	3 498	3 619	3 856	4 017	4 004	4 047	4 270	4 595	5 010	5 424	5 550	5 366
— Vorleistungen ¹⁾	2 176	2 296	2 351	2 432	2 610	2 722	2 637	2 638	2 772	3 003	3 263	3 517	3 558	3 373
— Prod. Steuern abz. Subv.	46	47	47	47	47	48	48	45	47	57	60	69	79	80
— Abschreibungen ²⁾	118	127	136	146	155	164	173	184	195	208	224	244	267	288
— Eink. aus unselb. Arbeit	634	661	679	689	716	743	779	810	845	887	962	1 051	1 114	1 110
— Unternehmerlohn ³⁾	71	74	77	79	82	85	89	90	94	98	104	112	120	119
Unternehmenseinkommen	209	215	208	228	245	255	277	280	319	343	397	431	412	396
— Zinsausgaben u.ä. ⁴⁾	91	111	119	104	112	118	121	116	126	139	176	202	243	221
+ Zinseinnahmen u.ä. ⁴⁾	29	36	33	29	38	39	43	43	45	50	70	88	107	95
Unternehmensgewinne	146	140	123	153	171	175	199	207	238	254	291	318	277	270
+ Saldo der Übertragungen ⁵⁾	—9	—8	—7	—8	—10	—14	—16	—12	—16	—22	—17	—7	—20	—18
— Entnahmen ⁶⁾	97	103	100	104	130	140	145	159	169	180	207	250	239	246
Bewegungsbilanz														
Veränderung d. Eigenmittel ⁷⁾	40	28	16	41	31	20	39	36	53	52	66	61	18	6
+ Veränd. d. Verbindlichk. ⁸⁾	95	97	75	72	80	87	62	67	96	147	179	205	176	113
— Veränd. d. Forderungen ⁸⁾	42	54	47	64	61	60	54	56	78	111	141	137	111	101
Nettoinvestitionen	93	70	44	49	50	47	47	47	71	88	104	129	83	18
Anlageinvestitionen	61	52	40	42	38	44	47	49	53	66	87	102	81	20
Vorratsveränderungen	32	18	4	7	12	3	—0	—2	17	23	18	27	2	—2
Bestände am Jahresende¹⁵⁾														
Eigenmittel	719	747	763	804	835	855	894	929	982	1 034	1 100	1 161	1 179	1 185
+ Verbindlichkeiten	1 101	1 198	1 272	1 345	1 425	1 512	1 574	1 641	1 737	1 884	2 064	2 269	2 444	2 557
— Forderungen	574	629	675	739	800	861	915	970	1 049	1 160	1 301	1 438	1 548	1 649
Sachvermögen	1 246	1 316	1 360	1 409	1 459	1 506	1 553	1 600	1 670	1 759	1 863	1 992	2 075	2 093
Anlagevermögen	861	913	953	995	1 033	1 077	1 124	1 173	1 226	1 292	1 379	1 481	1 562	1 582
Vorratsvermögen	385	403	408	414	426	429	428	427	444	467	484	511	513	511
Rentabilitätskennziffern in vH														
Eigenkapitalrendite ⁹⁾	20,3	18,7	16,1	19,0	20,5	20,5	22,3	22,2	24,2	24,6	26,4	27,4	23,5	22,8
Sachkapitalrendite ¹⁰⁾	16,7	16,3	15,3	16,1	16,8	16,9	17,9	17,5	19,1	19,5	21,3	21,6	19,9	18,9
Zinsbelastungsrate ¹¹⁾	8,3	9,3	9,4	7,7	7,9	7,8	7,7	7,1	7,3	7,4	8,5	8,9	9,9	8,6
Zinsertragsrate ¹¹⁾	5,0	5,8	4,9	4,0	4,7	4,5	4,7	4,4	4,3	4,3	5,4	6,1	6,9	5,8
Kennziffern zur Kapitalstruktur in vH														
Horiz. Eigenkapitalquote ¹²⁾	57,7	56,8	56,1	57,0	57,2	56,8	57,6	58,1	58,8	58,8	59,0	58,3	56,8	56,6
Vertik. Eigenkapitalquote ¹³⁾	39,5	38,4	37,5	37,4	36,9	36,1	36,2	36,2	36,1	35,4	34,8	33,9	32,5	31,7
Geldvermögenskoeffizient ¹⁴⁾	52,2	52,5	53,1	55,0	56,2	56,9	58,1	59,1	60,4	61,5	63,0	63,4	63,3	64,5

¹⁾ Vorleistungen lt. VGR vermindert um die Differenz zwischen der Vorratsveränderung zu Buchwerten und der Vorratsveränderung zu Wiederbeschaffungspreisen. — ²⁾ Steuerliche Abschreibungen. — ³⁾ Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in den Wirtschaftszweigen multipliziert mit dem jeweiligen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der beschäftigten Arbeitnehmer. — ⁴⁾ Einschließlich der Ausschüttungen. — ⁵⁾ Direkte Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, laufende Übertragungen, Vermögensübertragungen. — ⁶⁾ Einschließlich des Saldo aus Käufen und Verkäufen von Land. — ⁷⁾ Ohne Aktienkäufe bzw. -verkäufe. — ⁸⁾ Einschließlich Aktienkäufe bzw. -verkäufe. — Ab 1990 korrigiert um die nicht aufliegenden Vorgänge im Zahlungsverkehr mit der übrigen Welt. — ⁹⁾ Unternehmensgewinne in vH der Eigenmittel. — ¹⁰⁾ Unternehmenseinkommen in vH des Sachvermögens. — ¹¹⁾ Zinserträge bzw. -aufwendungen zuzüglich Ausschüttungen in vH des Forderungsvermögens bzw. der Verbindlichkeiten. — ¹²⁾ Eigenmittel in vH des Sachvermögens. — ¹³⁾ Eigenmittel in vH der Bilanzsumme. — ¹⁴⁾ Forderungen in vH der Verbindlichkeiten. — ¹⁵⁾ Ermittelt aus kumulierten Werten der Bewegungsbilanz. — *) Ohne Wohnungsvermietung. — Alle Wertangaben sind gerundet ausgewiesen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen, 1992 und 1993 teilweise geschätzt.

wurde versucht, diesem Aspekt dadurch Rechnung zu tragen, daß für diese Tätigkeiten ein Unternehmerlohn kalkuliert wurde, der sich am durchschnittlichen Einkommen der Arbeitnehmer in der jeweiligen Branche orientiert.

Im Unterschied zum betrieblichen Rechnungswesen, in dem eine enge Verzahnung zwischen Erfolgs- und Bestandsrechnung gesetzlich vorgeschrieben ist, fehlt in der VGR eine konsistente Verknüpfung mit der Vermögens-

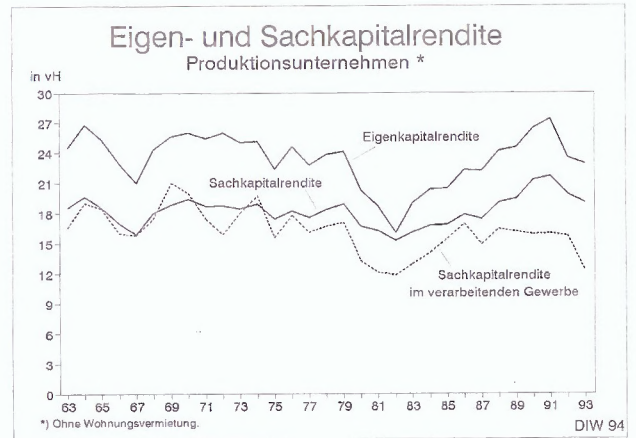
rechnung. Diese fehlende Konsistenz beruht auf der Praxis, alle Änderungen des Sachvermögens (Nettoinvestitionen und Vorratsvermögen) zu Wiederbeschaffungspreisen zu bewerten. Über die Probleme, die diese Bewertung dann aufwirft, wenn die Rentabilität unterschiedlicher Anlageformen sowie verschiedener Branchen verglichen werden soll, ist schon des öfteren berichtet worden¹.

Das DIW ist bei seinen Gewinnanalysen daher zu einem Ansatz übergegangen, bei dem die Änderungen des Sachvermögens nach dem Verfahren ermittelt werden, wie es im Betrieb üblich ist. Dies bedeutet, daß die Vorratsveränderungen und die Abschreibungen zu Buch- bzw. Anschaffungspreisen bewertet und bei den Abschreibungen die in der betrieblichen Praxis üblichen kürzeren Abschreibungsperioden zugrunde gelegt werden. Auf die längerfristige Gewinnentwicklung der Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung wirkt sich diese Umstellung nur wenig aus. Die Abschreibungen würden zwar durch die Bewertung zu Anschaffungspreisen für sich genommen geringer ausgewiesen werden, die Verkürzung der Abschreibungsperiode gleicht dies jedoch ungefähr aus. Gravierender sind die jährlichen Abweichungen, die aus der unterschiedlichen Bewertung der Vorratsveränderungen resultieren. Hier wirken sich vor allem die in der Vergangenheit teilweise sehr kräftigen Preisausschläge bei den Rohstoffen, insbesondere beim Öl, aus. In der VGR wird unterstellt, daß die von den Unternehmen eingesetzten Vorleistungen immer zu den jeweils herrschenden Preisen erworben werden. Verluste, die ein Unternehmen bei sinkenden Ölpreisen dadurch erleidet, daß die zu hohen Preisen eingekauften Ölvorräte zunächst abgebaut werden, werden nicht berücksichtigt, d.h. unabhängig von der Höhe und dem Wert der Lagerbestände wirkt hier ein Ölpreisrückgang kostensenkend. In der hier vorgenommenen, an der betrieblichen Praxis orientierten Rechnung sind solche Verluste ebenso berücksichtigt, wie Gewinne, die sich bei Ölpreissteigerungen ergeben. Da in den letzten Jahren die spezifischen Vorleistungspreise eher rückläufig waren, dämpfte dies die ausgewiesenen Gewinne.

Sach- und Eigenkapitalrendite

Die Tabelle 2 zeigt den vollständigen Jahresabschluß der westdeutschen Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung seit 1980. Der Produktionswert entspricht der Gesamtleistung der Unternehmen. Davon werden zunächst sämtliche mit der Produktionstätigkeit zusammenhängenden Kosten abgezogen. Die Vorleistungen ergeben sich dann als Summe der für Produktionszwecke eingesetzten Vorleistungskäufe in der laufenden Periode zuzüglich des Lagerabbaus zu Buchwerten. Bei den Abschreibungen sind die — in der VGR berechneten — steuerlichen Abschreibungen in Rechnung gestellt worden. Um die Arbeitskosten auch der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen zu erfassen, wurde als zusätzliche Kostengröße ein nach Wirt-

Schaubild 1



schaftszweigen differenzierter kalkulatorischer Unternehmerlohn in Höhe des Durchschnittseinkommens der Arbeitnehmer angesetzt. Abzusetzen sind ferner die Produktionssteuern abzüglich der Subventionen.

Als Ergebnis erhält man die im Produktionsbereich entstandenen Unternehmenseinkommen. Bezieht man diese auf das im Produktionsprozeß eingesetzte Sachvermögen, das hier entsprechend den Abgrenzungen in der VGR ohne Grund und Boden ausgewiesen ist, so erhält man die Sachkapitalrendite. Mit 21,6 vH erreichte sie im Jahre 1991 einen der höchsten Werte seit 1962 (Schaubild 1). Im Vergleich zum letzten Tiefststand von 15,3 vH (1982) verbesserte sie sich damit um 6 vH-Punkte. 1992 kam es erstmals seit langem zu einem kräftigen Rückgang, der sich 1993 abgeschwächt fortsetzte. Mit knapp 19 vH lag die Sachkapitalrendite im Jahre 1993 fast auf dem Niveau von 1988, mehr als 3 vH-Punkte über dem Wert von 1982 und nur geringfügig über dem Höchstwert von 1979 (18,9 vH).

Werden zusätzlich auch die in der VGR ausgewiesenen Zinsaufwendungen und -erträge (einschließlich der Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften) aus der Finanzierungssphäre berücksichtigt, so erhält man mit den Unternehmensgewinnen eine Größe, die mit dem Jahresüberschuß vor Steuern in Unternehmensabschlüssen vergleichbar ist. Die in den Unternehmen letztlich als Eigenmittel verbleibenden Gewinne ergeben sich, wenn die Übertragungen — überwiegend direkte Steuern der Körperschaften — sowie die Entnahmen der Personengesellschaften — soweit nicht schon als Unternehmerlohn berücksichtigt — von den Unternehmensgewinnen abgesetzt werden.

¹ Vgl. Bernd Görzig: Entwicklung von Gewinnen und Renditen im Unternehmensbereich. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 4/1981. S. 321 - 334 — Frank Stille u.a.: Strukturwandel im Prozeß der deutschen Vereinigung, Analyse der strukturellen Entwicklung. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 136/1992, S. 113 - 123.

In Westdeutschland expandierten die Unternehmensgewinne der Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre noch rascher als die Unternehmenseinkommen. 1991 wurde mit 318 Mrd. DM ein Niveau erreicht, das mehr als doppelt so hoch war wie im Jahre 1980. Seitdem sinken die Unternehmensgewinne, doch lagen sie 1993 immer noch über dem Niveau von 1989. Werden die Unternehmensgewinne auf den Bestand an Eigenmitteln bezogen, so erhält man die Eigenkapitalrendite. Der Bestand an Eigenmitteln ergibt sich aus dem Sachvermögen zuzüglich des Forderungsvermögens, das von der Bundesbank einschließlich Aktienbestand, jedoch ohne innersektorale Forderungen ausgewiesen wird, abzüglich der ebenfalls von der Bundesbank ausgewiesenen Verbindlichkeiten.

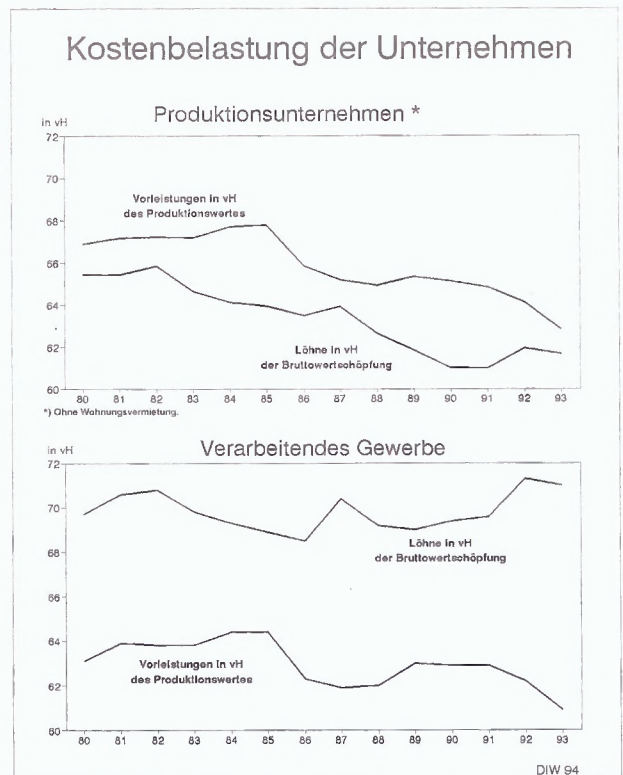
Die Eigenkapitalrendite der Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung stieg in den achtziger Jahren deutlich stärker als die Sachkapitalrendite. Von 1982 bis 1991 erhöhte sie sich um 11 vH-Punkte auf 27,4 vH. Bewirkt wurde diese Entwicklung zunächst dadurch, daß die 1982 extrem hohe Belastung der Verbindlichkeiten mit Zinsen (9,4 vH) in den Folgejahren kräftig zurückging. Erst 1990 setzte ein sich beschleunigender Anstieg der Zinsbelastungsrate ein. Bezogen auf die Verbindlichkeiten der Unternehmen war die Zinsbelastung 1992 mit fast 10 vH noch höher als 1982.

Die negativen Einflüsse des Zinskostenanstiegs auf das Niveau der Eigenkapitalrendite waren dennoch sehr viel geringer als damals. Ein zunehmender Teil der Zinsaufwendungen der Unternehmen wurde in den letzten Jahren durch steigende Zinserträge ausgeglichen. Betrug 1982 das Verhältnis von Zinserträgen der Unternehmen zu den im Produktionsprozeß erzielten Unternehmenseinkommen noch 16 vH, so stieg diese Relation bis 1992 auf 26 vH. Ein Grund hierfür war die gestiegene Eigenkapitalausstattung der Unternehmen. Die horizontale Eigenkapitalquote, d.h. das Verhältnis von Eigenkapital zum Sachvermögen, ist in den achtziger Jahren ständig gestiegen; 1990 erreichte sie einen Wert von 59 vH. In den Jahren danach kam es zu einem kräftigen Rückgang, doch erhöhte sich insgesamt das Forderungsvermögen der Unternehmen im Verhältnis zu den Verbindlichkeiten und damit auch die Relation zwischen Zinserträgen und Zinskosten².

Besonders in den letzten Jahren dürften auch angesichts der hohen Geldmarktzinsen den Unternehmen für ihre auf Festgeldkonten gehaltenen liquiden Mittel zusätzliche Einnahmen zugeflossen sein. Wahrscheinlich sind in manchen Fällen ursprünglich für Investitionszwecke vorgesehene Mittel wegen der Rezession zinsbringend angelegt worden.

Insgesamt machen die Ergebnisse deutlich, daß sich für den Durchschnitt der Produktionsunternehmen die Gewinn- und Renditesituation 1992 und 1993 im Vergleich zum Ausnahmejahr 1991 zwar deutlich verschlechtert hat, doch ist im längerfristigen Vergleich selbst die Situation im Jahre 1993 als eher überdurchschnittlich einzuschätzen³.

Schaubild 2

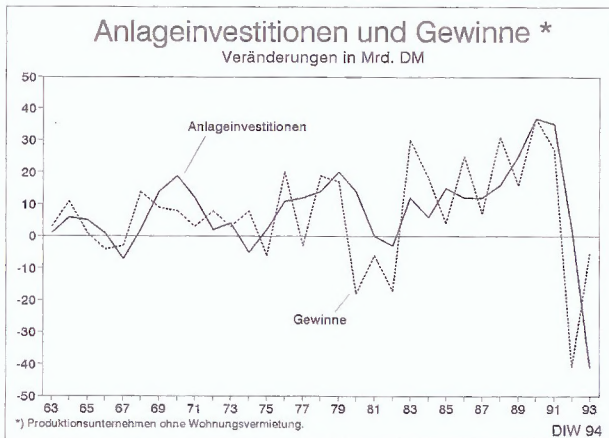


Die vielfach vorgebrachten Klagen über eine Kostenklemme, in die die Unternehmen geraten seien, sind für die Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung empirisch nicht nachvollziehbar. Betrachtet man den Anteil wichtiger Kostenarten am Produktionswert der Produktionsunternehmen, so wird deutlich, daß die Lohnkosten in den achtziger Jahren bis 1991 kontinuierlich an Bedeutung verloren haben (Schaubild 2). Zurückgegangen sind — wegen gesunkener Rohstoffpreise und veränderter Wechselkurse — aber auch die Vorleistungskosten. In den

² Die vertikale Eigenkapitalquote wird als Anteil des Eigenkapitals an der Summe aus Eigenkapital und Verbindlichkeiten ermittelt. Da von der Bundesbank die innersektoralen Forderungen der Produktionsunternehmen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten lediglich saldiert ausgewiesen werden, ist der in der Tabelle ausgewiesene Rückgang der vertikalen Eigenkapitalquote von geringer Aussagekraft. Im Zuge der verstärkten internationalen Handels- und Unternehmensintegration gewinnen die unkonsolidiert ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland ein immer stärkeres Gewicht gegenüber dem nur konsolidiert ausgewiesenen innersektoralen Finanzvermögen. Ebenfalls von der Bundesbank vorgenommene Bilanzauswertungen weisen eher auf einen Anstieg der vertikalen Eigenkapitalquote hin.

³ Auch die Bundesbank kommt in der Analyse der Bilanzstatistik für 1992 zu dem Ergebnis, daß die Finanzlage der Unternehmen insgesamt eher besser zu beurteilen ist als zu Beginn der achtziger Jahre. Vgl. Ertragslage und Finanzungsverhältnisse westdeutscher Unternehmen im Jahre 1992. In: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht November 1993, S. 19.

Schaubild 3



letzten beiden Jahren stieg zwar die Lohnquote wieder, da die Unternehmen die Beschäftigung nicht an die sinkende Kapazitätsauslastung angepaßt haben, zugleich ging der Anteil der Vorleistungskosten aber weiter zurück, so daß der Kostendruck insgesamt nur geringfügig zunahm.

Anders sieht die Situation aus, wenn man lediglich die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe betrachtet. Die Sachkapitalrendite lag hier im Durchschnitt der sechziger Jahre und zum Teil auch der siebziger Jahre etwa auf dem gleichen Niveau wie bei den Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung. Vom Gewinneinbruch zu Beginn der achtziger Jahre war das verarbeitende Gewerbe dagegen sehr viel stärker betroffen. In der nachfolgenden Wachstumsphase konnte im verarbeitenden Gewerbe die Rentabilität des gesamten Unternehmensbereichs nicht wieder erreicht werden. Die für die Wirtschaft Westdeutschlands als Ganzes allgemein konstatierte vereinigungsbedingte Verlängerung des letzten Wachstumszyklus wird an der Rentabilitätsentwicklung des verarbeitenden Gewerbes nicht erkennbar. Von 1988 bis 1991 blieb die Sachkapitalrendite nahezu unverändert. 1992 sank sie wieder auf das im längerfristigen Vergleich ohnehin sehr niedrige Niveau von 1982. Auch die für die Produktionsunternehmen insgesamt zu beobachtende Kostenentlastung ist in den achtziger Jahren für das verarbeitende Gewerbe nur begrenzt erkennbar. Dies gilt auch dann, wenn der Anstieg der Lohnquote im Jahre 1992 unberücksichtigt bleibt⁴.

Gewinne und Investitionen

Häufig wird angenommen, daß zwischen der Höhe der Gewinne und der Entwicklung der Anlageinvestitionen ein enger Zusammenhang besteht. Dabei wird implizit unterstellt, daß die mit den bereits investierten Anlagen realisierte Rendite und die der Investitionsentscheidung zugrunde liegende, erwartete Rendite übereinstimmen. Es ist allerdings nur schwer vorstellbar, daß Unternehmen län-

gerfristige Investitionsentscheidungen von kurzfristigen Schwankungen der Rentabilität abhängig machen, ohne daß andere Faktoren hinzukommen. Angenommen werden kann wohl, daß beispielsweise bei sinkenden Gewinnen Investitionsvorhaben verschoben werden, sei es, weil sich die Liquiditätslage der Unternehmen und die Finanzierungsbedingungen verschlechtert haben, sei es, weil angesichts sinkender Kapazitätsauslastung zunächst kein Investitionsbedarf besteht. Der Vergleich der jährlichen Veränderung von Gewinnen und Investitionen zeigt kaum eine Übereinstimmung (Schaubild 3). Der Zusammenhang ist mit einem Bestimmtheitsmaß (R^2) von 0,28 sehr gering. Wichtig für die Investitionsentscheidung ist zu allererst, wie die Unternehmen die Gewinnursachen einschätzen. Von den Unternehmen nicht geplante Gewinne, die aus einer vorübergehenden Kostensenkung resultieren, Inflationsgewinne, die auf ein aufgeblähtes Preisniveau zurückzuführen sind, werden die Unternehmen nicht veranlassen, in zusätzliche Anlagen zu investieren.

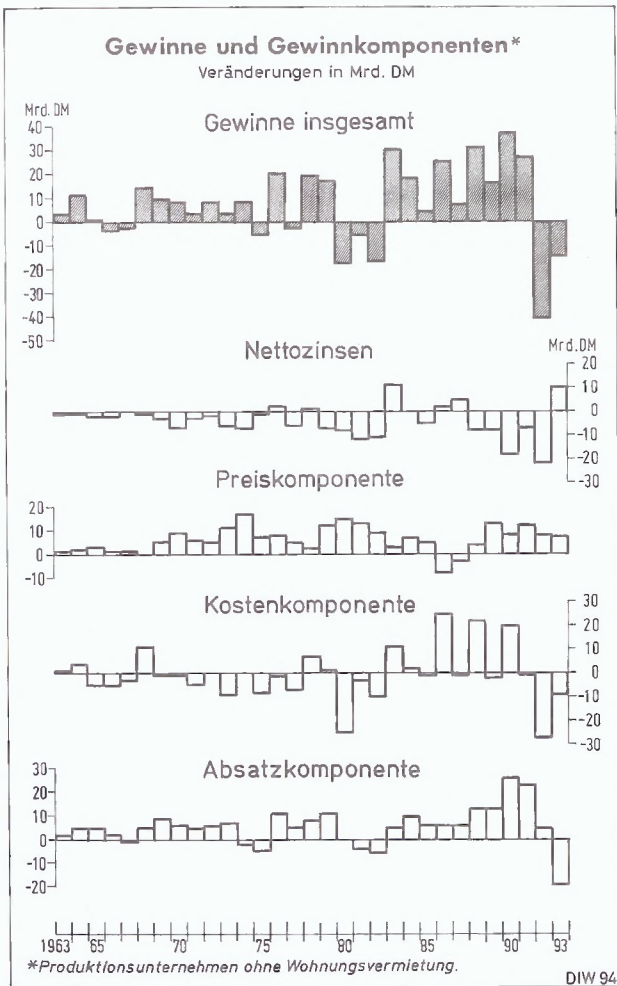
Entscheidend für die Ausweitung der Anlagen sind lediglich jene Gewinne, die den Unternehmen durch erhöhten Absatz entstehen. Dies zeigt eine vom DIW entwickelte Komponentenerlegung der Gewinne⁵. Dabei wird unterschieden zwischen den Einflußfaktoren aus der Finanzierungssphäre — den Nettozinsen also — und den Einflußfaktoren aus der Produktionssphäre, die die Entwicklung der Unternehmenseinkommen bestimmen. Darüber hinaus ist die jährliche Veränderung der Unternehmenseinkommen in drei Komponenten aufgeteilt worden:

- Die Absatzkomponente zeigt, wie sich die Gewinne bei unveränderten Stückerlösen und Stückkosten allein aufgrund von Veränderungen der Produktionsmenge — gemessen am Produktionswert zu Preisen von 1991 — entwickelt hätten.
- Mit der Preiskomponente werden jene erfolgswirksamen Einflüsse erfaßt, die sich aus der Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus bei unveränderter Produktion dann ergeben, wenn die Stückkosten mit derselben Rate steigen wie die Stückerlöse.
- Die Kostenkomponente schließlich gibt Auskunft über jenen Teil der Gewinnveränderung, der bei unveränderter Produktion und gegebenem Anstieg der Stückerlöse allein aus einem von den Stückerlösen abweichenden Anstieg der Stückkosten resultiert.

⁴ Obwohl rezessionsbedingt ein Anstieg der Lohnquote zu erwarten wäre, ist nicht ganz sicher, inwieweit durch statistische Unzulänglichkeiten der in den vorläufigen Berechnungen der VGR ausgewiesene Wert überhöht ist. In der vorläufigen Berichterstattung für 1991 gab es einen ähnlichen Sprung in der Lohnquote. Nach der Einarbeitung der erst sehr spät zur Verfügung stehenden Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung weist die VGR kaum noch einen Anstieg der Lohnquote aus.

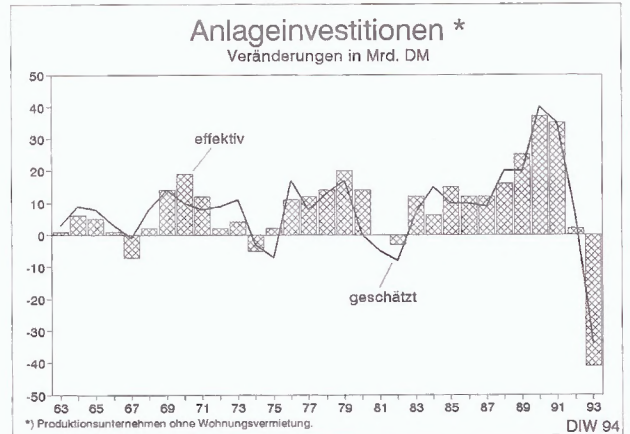
⁵ Vgl. Gewinne und Investitionen der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Bernd Görzig. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 20/1989, S. 221 ff.

Schaubild 4



Die Ergebnisse der Zerlegung machen deutlich, daß in bestimmten Phasen unterschiedliche Komponenten gewinnbestimmend waren (Schaubild 4). Der Einfluß der Nettozinsen auf die Gewinnentwicklung der Produktionsunternehmen war in fast allen Jahren negativ. Lediglich in den Jahren 1983 und 1987 war die Zinsentlastung so stark, daß sie bei den Unternehmen zu einer Gewinnsteigerung führte. Auch 1993 dürfte dies wieder der Fall gewesen sein. Preissteigerungen erhöhten in fast allen Jahren mit Ausnahme des Jahres 1986 den Gewinn. Insbesondere in den siebziger Jahren wurde häufig, wenn die Preissteigerungen überwiegend kostenbedingt waren, den erzielten Gewinnzuwächsen durch gewinnsenkende Kostensteigerungen entgegengewirkt. Seit Mitte der achtziger Jahre leisteten Kostenentlastungen dagegen überwiegend positive Beiträge zur Gewinnveränderung. Die Absatzkomponente leistete nur in Jahren rückläufiger Produktion einen negativen Beitrag zur Gewinnentwicklung. Von 1989 bis 1991

Schaubild 5



wurde die Gewinnentwicklung im wesentlichen durch steigende Absatzzahlen geprägt. 1992 war der starke Gewinnabfall vom Anstieg der Produktions- und Finanzierungskosten bestimmt; 1993 lag die Ursache überwiegend in einem Absatzrückgang. Lediglich für die Absatzkomponente der Gewinne läßt sich ein systematischer Zusammenhang mit der Entwicklung der Anlageinvestitionen herstellen. In fast allen Jahren sind zunehmende Investitionen mit einer positiven Absatzkomponente verbunden.

Im Schaubild 5 sind die jährlichen Veränderungen der Bruttoanlageinvestitionen, die über eine Regressions-schätzung in Abhängigkeit von den absatzbedingten Gewinnen ermittelt wurden, den entsprechenden realisierten Werten gegenübergestellt worden. Die Übereinstimmung der beiden Reihen ist mit einem R^2 von 0,81 außerordentlich gut. Die noch vorhandenen Unterschiede lassen sich weder mit anderen Gewinnkomponenten noch mit lang- oder kurzfristigen Zinssätzen bzw. Zinssatzabweichungen erklären. Sie dürften vielmehr auf Sondereinflüsse zurückzuführen sein.

Generell lassen sich bei den geschätzten Investitionswerten — wie bei Schätzwerten allgemein üblich — geringere Ausschläge feststellen als bei den tatsächlichen Werten. Vor diesem Hintergrund ist auch der kräftige Investitionsrückgang im Jahre 1993 zu interpretieren. Es ist zu erwarten, daß es, sofern nicht zusätzliche negative Faktoren auf der Absatzseite hinzukommen, in diesem Jahr zu einer Korrektur in die entgegengesetzte Richtung kommt. Legt man allerdings die jüngsten Prognosen zur Absatzentwicklung zugrunde, so dürfte 1994 der Investitionsrückgang zwar geringer ausfallen als im Vorjahr, doch kann aufgrund der für die Vergangenheit geschätzten Zusammenhänge keinesfalls mit einem Anstieg der Investitionen gerechnet werden.

Noch immer beträchtlicher Einkommensabstand zwischen West-Berlin und Ost-Berlin

Verfügbares Einkommen der Berliner Privathaushalte im Jahre 1992

1992 lebten in den 1,8 Mill. Berliner Privathaushalten 3,5 Mill. Menschen. Rund 60 vH davon wohnten in den westlichen, 40 vH in den östlichen Bezirken der Stadt. In West-Berlin machten alleinlebende Personen nahezu die Hälfte, Haushalte mit einer nichtdeutschen Bezugsperson fast ein Zehntel aller Privathaushalte aus; in Ost-Berlin waren die entsprechenden Anteile erheblich geringer.

Von der Summe des verfügbaren Einkommens entfielen 1992 reichlich 70 vH auf die West-Berliner und knapp 30 vH auf die Ost-Berliner Haushalte. Im Durchschnitt verfügte ein Haushalt im Westen der Stadt über monatlich 4 600 DM, ein Haushalt im Osten über 3 300 DM. Das Einkommen eines Ost-Berliner Haushalts blieb im Durchschnitt noch um fast drei Zehntel (1991: zwei Fünftel) hinter dem eines West-Berliner Haushalts zurück. Allerdings hat sich für die Haushalte im Ostteil der Stadt im vergangenen Jahr nicht nur das Nominal-, sondern auch das Realeinkommen kräftig erhöht; bei den West-Berliner Haushalten gab es indes Realeinkommensverluste. Bei den Pro-Kopf-Einkommen — monatlich 2 500 DM (West-Berlin) und 1 600 DM (Ost-Berlin) — betrug der Einkommensabstand noch mehr als ein Drittel. Doch war das Einkommensniveau in Ost-Berlin im Jahre 1992 um nahezu ein Zehntel (Haushaltseinkommen) bzw. um ein Viertel (Pro-Kopf-Einkommen) höher als im übrigen neuen Bundesgebiet.

In allen Haushaltsgruppen gibt es eine — mehr oder weniger stark ausgeprägte — Streuung nach der Einkommenshöhe. In West-Berlin konnte die Hälfte der Privathaushalte im Jahre 1992 über ein Einkommen von höchstens 4 000 DM monatlich disponieren. Ein Zehntel der Haushalte verfügte über weniger als 1 800 DM, ein anderes Zehntel dagegen über mehr als 7 800 DM im Monat. In Ost-Berlin hatte die Hälfte der Privathaushalte ein Einkommen von maximal 3 000 DM monatlich zur Verfügung. Ein Zehntel der Haushalte konnte höchstens 1 300 DM im Monat ausgeben, ein anderes Zehntel verfügte jedoch über mehr als 5 700 DM monatlich.

Seit der Vereinigung Deutschlands hat das DIW mehrmals vergleichend über die Einkommenslage und -entwicklung in den alten und neuen Bundesländern berichtet¹. Nun werden Daten zur materiellen Lage der privaten Haushalte in beiden Teilen Berlins vorgelegt. Die politische Spaltung der deutschen Hauptstadt ist zwar seit dem 3. Oktober 1990 überwunden; aber noch sind die Lebensverhältnisse in den früher voneinander isolierten Teilen der Stadt unterschiedlich.

Als Informationsgrundlage dieses Berichts wurden Ergebnisse des Mikrozensus (MZ)² herangezogen. Die Einkommensdaten des MZ beziehen sich auf einen bestimmten Monat des Kalenderjahres und werden durch Selbsteinstufung der Stichprobenteilnehmer in vorgegebene Größenklassen erhoben. Dabei finden üblicherweise nur die regelmäßig wiederkehrenden Einkünfte der Haushaltsmitglieder Berücksichtigung; diese werden allerdings nicht immer in voller Höhe deklariert. Deshalb kommt es im MZ — wie auch in anderen Primärstatistiken zur Einkommensverteilung³ — zu einer nicht unerheblichen Untererfassung des Einkommens. Doch sind die Strukturinformationen des Mikrozensus durchaus hilfreich, wenn man sie mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) zusammenführt. Durch die Einbettung der Stichprobenergebnisse in einen makroökonomisch fundierten Einkommensrahmen, den die amtliche Statistik für

die beiden Teile Deutschlands bereitgestellt hat⁴, läßt sich die „Einkommenslücke“ des Mikrozensus⁵ schließen. Die für beide Teile Berlins vorliegenden Stichprobenergebnisse wurden in den Einkommensrahmen der VGR „eingepaßt“ (Tabelle 1); Unschärfen lassen sich dabei allerdings nicht vermeiden.

¹ Vgl. Ostdeutscher Einkommensrückstand schrumpft. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 48/1991, S. 682 ff. — Einkommensungleichheit im vereinten Deutschland. Bearb.: Johannes Schwarze. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/1993, S. 720 ff.

² Vgl. Statistisches Landesamt Berlin (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1993.

³ An den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurde gezeigt, daß die Unterschätzung des Haushaltseinkommens bei Selbsteinstufung keineswegs auf den Bereich höherer Einkommen beschränkt ist, sondern sich über die gesamte Einkommensskala erstreckt. Vgl. Manfred Euler: Genauigkeit von Einkommensangaben in Abhängigkeit von der Art der statistischen Erfassung. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1983, S. 813 ff.

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Verfügbares Einkommen, Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder 1991 und 1992 — Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

⁵ Die „Einkommenslücke“ bei den ostdeutschen Mikrozensusergebnissen ist nicht viel geringer als bei den westdeutschen MZ-Daten.

Tabelle 1

Zahl der Privathaushalte und ihr verfügbares Einkommen in Deutschland 1992

	Zahl der Privathaushalte	Verfügbares Einkommen	Monatlich verfügbares Einkommen je	
			Haushalt	Haushalts- mitglied
	1000	Mrd. DM	DM	
West-Berlin	1 171	64,8	4 610	2 474
Übriges altes Bundesgebiet	27 499	1 583,8	4 800	2 139
Altes Bundesgebiet	28 670	1 648,6	4 792	2 150
Ost-Berlin	617	24,3	3 282	1 561
Übriges neues Bundesgebiet	5 850	214,0	3 048	1 250
Neues Bundesgebiet	6 467	238,3	3 071	1 276
Berlin insgesamt	1 788	89,1	4 152	2 134
Übriges Bundesgebiet	33 349	1 797,8	4 492	1 972
Deutschland	35 137	1 886,9	4 475	1 979
<i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt; Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen des DIW.				

Bevölkerung und Privathaushalte

Im Jahre 1992 lebten in Berlin knapp 3,5 Mill. Menschen, davon 2,2 Mill. in den westlichen und 1,3 Mill. in den östlichen Stadtbezirken. Die Altersgliederung der Bevölkerung weist in beiden Teilen der Stadt deutliche Unterschiede auf: In West-Berlin ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Einwohnerzahl geringer, der Anteil der „Senioren“ höher als in Ost-Berlin. Personen im erwerbsfähigen Alter (hier: von 18 bis unter 65 Jahren) machen in beiden Teilen der Stadt jeweils rund zwei Drittel der Bevölkerung aus. Sowohl in West- als auch in Ost-Berlin ging 1992 knapp die Hälfte der Einwohner einer Erwerbstätigkeit nach; durchaus ins Gewicht fiel die Zahl der Ost-Berliner, die zur Arbeit in den Westteil der Stadt „pendelten“. Als Arbeitslose wurden im Durchschnitt 11 vH der West-Berliner und 14 vH der Ost-Berliner Erwerbspersonen registriert.

Die Zahl der Privathaushalte in Berlin belief sich 1992 auf rund 1,8 Mill. In den westlichen Stadtbezirken gab es 1,2 Mill., in den östlichen 0,6 Mill. Haushalte (Tabelle 2). Im Westteil der Stadt besteht die Hälfte der Privathaushalte aus alleinlebenden Personen; in mehreren West-Berliner Bezirken beträgt der Anteil der Einpersonen-Haushalte sogar mehr als 50 vH. Haushalte mit einer nichtdeutschen Bezugsperson machen in West-Berlin fast ein Zehntel der Privathaushalte aus. Im Ostteil der Stadt sind sowohl Einpersonen- als auch Ausländer-Haushalte von geringerer Bedeutung als in den westlichen Stadtbezirken. Im Durchschnitt lebten 1992 in 100 West-Berliner Privathaushalten rund 190, in 100 Ost-Berliner Haushalten 210 Personen. In 80 von 100 West-Berliner sowie in 90 von 100 Ost-Berliner Mehrpersonen-Haushalten gab es neben dem „Haushaltsvorstand“ (mindestens) einen weiteren Einkommensbezieher.

Tabelle 2

**Zahl der Privathaushalte in Berlin 1992
in 1000**

Haushalts- größe in Personen	Haushalte mit		Zusammen
	deutscher	nicht- deutscher	
	Bezugsperson		
West-Berlin			
1	552	31	583
2	317	23	340
3	107	22	129
4	67	18	85
5 oder mehr	21	13	34
Zusammen	1 064	107	1 171
Ost-Berlin			
1	228	7	235
2	189	2	191
3	101	1	102
4	76	1	77
5 oder mehr	11	1	12
Zusammen	605	12	617
Berlin insgesamt			
1	780	38	818
2	506	25	531
3	208	23	231
4	143	19	162
5 oder mehr	32	14	46
Zusammen	1 669	119	1 788
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen des DIW.			

Verfügbares Einkommen der Privathaushalte

Das verfügbare Einkommen der Privathaushalte in Berlin summierte sich 1992 auf 89 Mrd. DM; davon entfielen reichlich 70 vH auf die Haushalte im Westteil und 30 vH auf die im Ostteil der Stadt. Im Durchschnitt verfügte ein West-Berliner Haushalt über monatlich 4 600 DM, ein Ost-Berliner Haushalt über knapp 3 300 DM (Tabelle 3). Diese Beträge enthalten neben regulären Bezügen auch — gleichmäßig auf die Monate des Berichtsjahres verteilte — unregelmäßige Einkünfte (Sonderzahlungen, Vermögenserträge). Das Einkommensniveau der Haushalte mit einer ausländischen Bezugsperson liegt in beiden Teilen der Stadt unter dem der deutschen Haushalte; der Einkommensabstand wächst mit der Haushaltsgröße.

Das Durchschnittseinkommen der Ost-Berliner Haushalte blieb 1992 um fast drei Zehntel hinter dem der West-Berliner Haushalte zurück. Seit 1991 — damals lag das Ost-Berliner Einkommensniveau noch um zwei Fünftel unter dem der West-Berliner Haushalte — hat sich der Einkommensabstand der beiden Teilregionen deutlich verringert. Dabei sind für die Haushalte im Ostteil der Stadt im

Jahre 1992 die Einkommen wesentlich stärker als die Kosten der Lebenshaltung gestiegen, während die West-Berliner Haushalte im Durchschnitt Realeinkommensverluste hinnehmen mußten.

Die Kaufkraft der Arbeitnehmer-Haushalte in West-Berlin wurde durch die Kürzung der Berlin-Zulage empfindlich geschmälert. Die Arbeitnehmer erhielten hier seit 1970 vom Staat eine abgabenfreie Zulage in Höhe von 8 vH ihres Bruttoverdienstes⁶. Zum Oktober 1991 wurde die Zulage auf 6 vH, zum Januar 1992 auf 5 vH reduziert; nach zwei weiteren Kürzungen (1993: 4 vH; 1994: 2 vH) wird die Vergünstigung Ende 1994 auslaufen⁷.

Bei den Pro-Kopf-Einkommen — monatlich 2 500 DM (West-Berlin) und 1 600 DM (Ost-Berlin) — betrug der Einkommensabstand im Jahre 1992 noch mehr als ein Drittel. Effektiv war das Wohlstandsdefizit der Ost-Berliner Haushalte aber geringer, weil diese vergleichsweise stark von der Kostendegression der Wirtschaftsführung bei wachsender Haushaltsgröße profitieren und zudem die Preise einiger Güter des privaten Verbrauchs (z.B. Mieten) im neuen Bundesgebiet noch nicht das westliche Niveau erreicht haben. So wurde in den laufenden Wirtschaftsrechnungen ermittelt, daß die ausgabenfähigen Einnahmen der dort einbezogenen ostdeutschen Haushalte 1992 um rund ein Drittel niedriger, die Wohnungsmieten jedoch um fast drei Viertel geringer als die der westdeutschen Haushalte waren⁸. Sicherlich werden in Ost-Berlin höhere Mieten als in den fünf neuen Flächenländern gezahlt, doch liegt auch das Ost-Berliner Einkommensniveau über dem im übrigen neuen Bundesgebiet: bei den Haushaltseinkommen um fast ein Zehntel und bei den Pro-Kopf-Einkommen um ein Viertel.

Tabelle 3

Monatlich verfügbares Einkommen je Haushalt in Berlin 1992 in DM

Haushaltsgröße in Personen	Haushalte mit		Zusammen
	deutscher	nicht-deutscher	
	Bezugsperson		
West-Berlin			
1	3 083	2 801	3 068
2	5 579	4 409	5 500
3	6 958	4 784	6 587
4	8 083	4 991	7 428
5 oder mehr	9 056	5 269	7 608
Zusammen	4 649	4 223	4 610
Ost-Berlin			
1	1 890	1 643	1 883
2	3 488	2 958	3 483
3	4 417	3 250	4 405
4	5 208	3 417	5 185
5 oder mehr	5 917	3 667	5 729
Zusammen	3 301	2 313	3 282
Berlin insgesamt			
1	2 734	2 588	2 727
2	4 798	4 293	4 774
3	5 724	4 717	5 624
4	6 555	4 908	6 362
5 oder mehr	7 977	5 155	7 118
Zusammen	4 160	4 030	4 152
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen des DIW.			

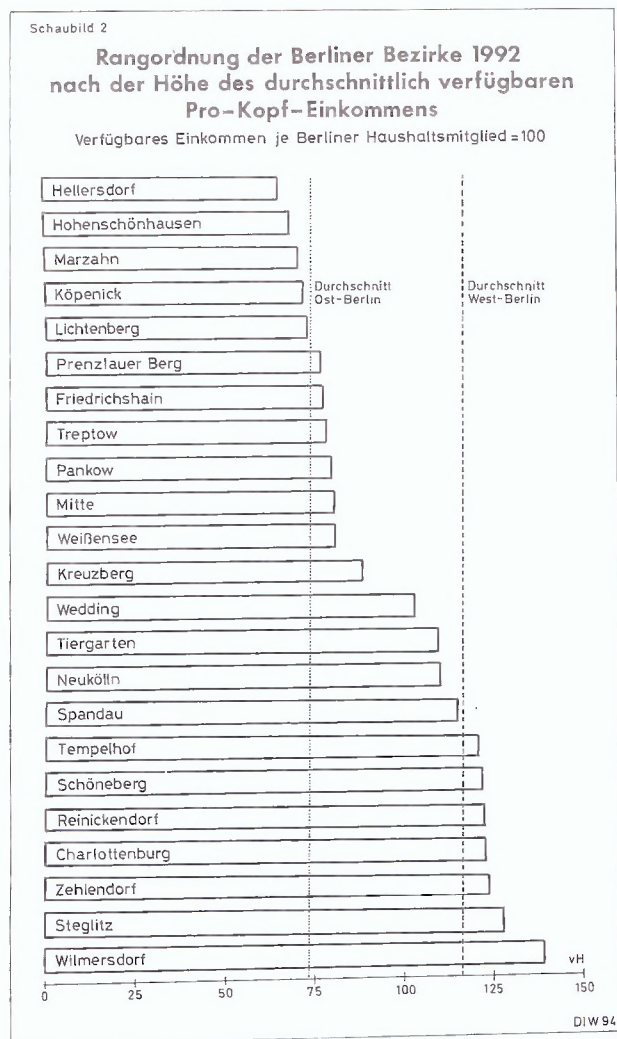
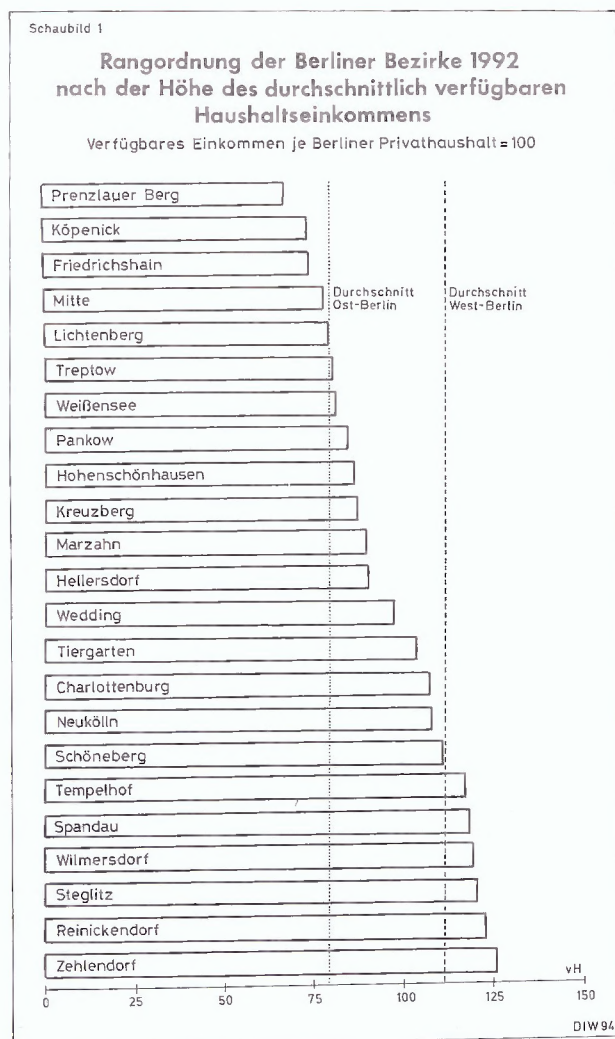
Einkommensunterschiede zwischen den Stadtbezirken

In beiden Teilen Berlins gibt es „arme“ und „reiche“ Bezirke. 1992 hatten im Westteil der Stadt die Haushalte in Kreuzberg — hier ist fast ein Drittel der Einwohner ausländischer Nationalität — das niedrigste, die Zehlendorfer Haushalte das höchste Durchschnittseinkommen; in Ost-Berlin standen die Haushalte in Prenzlauer Berg an letzter, die Haushalte in Hellersdorf an vorderster Stelle der Einkommensskala. Das Durchschnittseinkommen der „reichen“ Ostbezirke Hellersdorf und Marzahn übertraf das des „armen“ Westbezirks Kreuzberg. Die Unterschiede zwischen den Berliner Bezirken sind zum Teil allerdings nur gering (Schaubild 1).

⁶ Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes und anderer Vorschriften vom 23. Juni 1970. BGBl. I, S. 826 ff.

⁷ Gesetz zur Förderung von Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen im Beitrittsgebiet sowie zur Änderung steuerrechtlicher und anderer Vorschriften (Steueränderungsgesetz 1991 — StÄndG 1991) vom 24. Juni 1991. BGBl. I, S. 1322 ff.

⁸ Vgl. Joachim Kaiser: Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1992. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1993, S. 568 ff.



Eine andere Rangordnung und eine stärkere Abstufung zeigen sich, wenn man das verfügbare Einkommen auf die Zahl der Haushaltsmitglieder bezieht. Zwar ist in West-Berlin auch nach der personenbezogenen Rechnung Kreuzberg der einkommensschwächste Bezirk; am höchsten war das Pro-Kopf-Einkommen aber in Wilmerdorf — einem Bezirk mit einem hohen Anteil gutsituierter Witwen⁹. In Ost-Berlin stehen nach der Pro-Kopf-Einkommensberechnung die „kinderreichen“ Bezirke Hellersdorf, Hohenschönhausen und Marzahn am Ende, der Bezirk Weißensee — hier ist der Anteil der Kinder an der Einwohnerzahl geringer als in allen anderen östlichen Stadtbezirken — an der Spitze der Rangordnung. In sämtlichen Bezirken Ost-Berlins lag das Pro-Kopf-Einkommen 1992 unter dem Einkommensniveau Kreuzbergs (Schaubild 2).

Einkommensschichtung der Privathaushalte

Durchschnittsbeträge beschreiben die Einkommenslage der Haushalte nur unvollkommen. In allen Gruppen gibt es eine — mehr oder weniger stark ausgeprägte —

Streuung der Haushalte nach der Einkommenshöhe. Dabei sind die Einkommensschichtungen in der Regel asymmetrisch; der jeweilige Medianwert — die obere Einkommensgrenze für die Hälfte der Haushalte einer Gruppe — ist geringer als der rechnerische Durchschnittsbetrag.

In West-Berlin konnte die Hälfte der Privathaushalte im Berichtsjahr über ein Einkommen von höchstens 4 000 DM monatlich disponieren (Tabelle 4). Ein Zehntel der Haushalte verfügte über weniger als 1 800 DM, ein anderes Zehntel indes über mehr als 7 800 DM im Monat; auf dieses oberste Dezil der Haushalte entfiel ein Fünftel des gesamten Einkommens.

Im Bereich höherer Einkommen sind die Selbständigen-Haushalte vergleichsweise stark vertreten. Hier schlägt sich nieder, daß Selbständige im Dienstleistungsgewerbe und in freien Berufen häufig Spitzeneinkommen erzielen. Allerdings ist beim Einkommensvergleich der Haushaltsgruppen in Rechnung zu stellen, daß Selbständige

⁹ Vgl. Gerhard Meinschmidt, Uwe Imme, Ramona Kramer: Sozialstrukturatlas Berlin (West), Berlin 1990.

Tabelle 4

**Einkommensschichtung der Privathaushalte in Berlin 1992
in 1000**

Monatlich verfügbares Haushalts- einkommen von...bis unter...DM	Haushalte mit		Zusammen
	deutscher	nicht- deutscher	
	Bezugsperson		
West-Berlin			
unter 1 000	14	2	16
1 000 ... 2 000	117	6	123
2 000 ... 3 000	199	11	210
3 000 ... 4 000	202	31	233
4 000 ... 5 000	148	26	174
5 000 ... 6 000	123	17	140
6 000 ... 7 000	94	10	104
7 000 ... 8 000	66	4	70
8 000 ... 9 000	40		40
9 000 ... 10 000	22		22
10 000 oder mehr	39		39
Zusammen	1 064	107	1 171
Ost-Berlin			
unter 1 000	26		26
1 000 ... 2 000	115	6	121
2 000 ... 3 000	157	2	159
3 000 ... 4 000	135	4	139
4 000 ... 5 000	70		70
5 000 ... 6 000	54		54
6 000 ... 7 000	29		29
7 000 ... 8 000	13		13
8 000 ... 9 000	5		5
9 000 ... 10 000	1		1
10 000 oder mehr			
Zusammen	605	12	617
Berlin insgesamt			
unter 1 000	40	2	42
1 000 ... 2 000	232	12	244
2 000 ... 3 000	356	13	369
3 000 ... 4 000	337	35	372
4 000 ... 5 000	218	26	244
5 000 ... 6 000	177	17	194
6 000 ... 7 000	123	10	133
7 000 ... 8 000	79	4	83
8 000 ... 9 000	45		45
9 000 ... 10 000	23		23
10 000 oder mehr	39		39
Zusammen	1 669	119	1 788
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Berechnungen des DIW.			

— anders als Arbeitnehmer — einen nicht unerheblichen Teil ihres verfügbaren Einkommens für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge aufwenden müssen. Die West-Berliner Haushalte mit einer ausländischen Bezugsperson sind stärker als die deutschen Haushalte im mittleren Einkommensbereich konzentriert; bei Ausländer-Haushalten sind einerseits solche von Rentnern mit geringem Ein-

kommen, andererseits solche von Selbständigen mit sehr hohen Einkünften seltener als bei den deutschen Haushalten anzutreffen.

In Ost-Berlin stand der Hälfte der Privathaushalte 1992 ein Einkommen von maximal 3 000 DM monatlich zur Verfügung. Ein Zehntel der Haushalte konnte höchstens 1 300 DM im Monat ausgeben, ein anderes Zehntel verfügte jedoch über mehr als 5 700 DM monatlich. Sehr hohe Einkommen gibt es in Ost-Berlin (bisher) nicht; die Disparität der Einkommensschichtung im Ostteil der Stadt war 1992 geringer als die in West-Berlin¹⁰. Ins Gewicht fällt hier sicherlich, daß solche Berufsgruppen, die in den alten Bundesländern überdurchschnittlich hohe Einkünfte erzielen, im neuen Bundesgebiet zumeist (noch) keine ähnlich herausgehobene Einkommensposition einnehmen. Die Ost-Berliner Haushalte mit einer nichtdeutschen Bezugsperson sind auf wenige Einkommensklassen verteilt.

Einkommensdisparitäten in den Terzilen

In komprimierter Form zeigt sich die Einkommensdifferenzierung innerhalb beider Teile Berlins und auch zwischen den Teilregionen, wenn man die nach der Höhe ihres verfügbaren Einkommens geordneten Haushalte zu Terzilen — ein Drittel der Haushalte — zusammenfaßt. In West-Berlin entfiel 1992 auf die Haushalte im unteren Terzil ein Sechstel, auf das oberste Terzil mehr als die Hälfte des gesamten verfügbaren Einkommens. Mit 2 200 DM war das monatliche Durchschnittseinkommen des ersten Drittels der Haushalte um 5 300 DM geringer als das der Haushalte im dritten Terzil.

In Ost-Berlin war die Differenzierung zwischen den Terzilen im Jahre 1992 geringer. Zwar hatte auch hier das erste Drittel der Haushalte lediglich ein Sechstel des Gesamteinkommens zur Verfügung; aber der Einkommensanteil des mittleren Terzils war höher, der des oberen Terzils geringer als im Westteil der Stadt. Mit 1 600 DM unterschritt das monatliche Durchschnittseinkommen des unteren Drittels der Ost-Berliner Haushalte das der Haushalte im oberen Drittel um 3 600 DM.

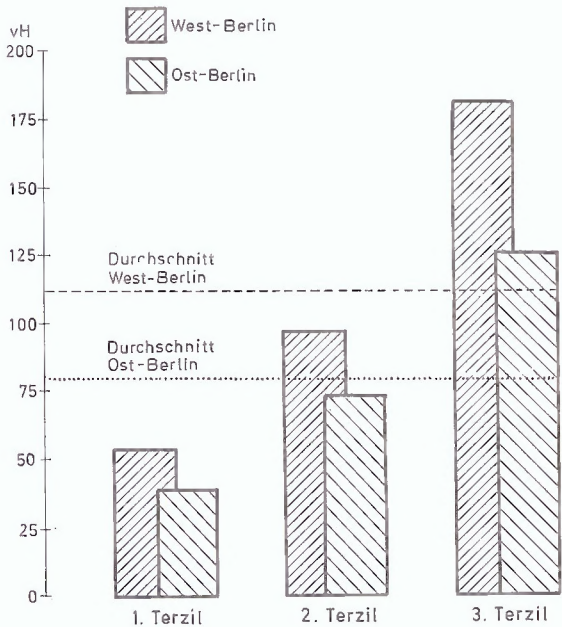
Die Haushalte im ersten Terzil erreichten 1992 etwas mehr als 50 vH (West-Berlin) bzw. 40 vH (Ost-Berlin) des durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommens in Berlin insgesamt (Schaubild 3). Demgegenüber konnten die Haushalte im oberen Terzil über das 1,8fache (West-Berlin) bzw. das 1,3fache (Ost-Berlin) des Gesamtberliner Durchschnittseinkommens disponieren. Dabei verfügte das Drittel der einkommensstarken Haushalte in Ost-Berlin über Einkünfte, die mehr als doppelt so hoch waren wie die der einkommensschwachen West-Berliner Haushalte im unteren Terzil der Einkommensschichtung.

¹⁰ Der Gini-Koeffizient (Maß für die „Ungleichheit“ einer Häufigkeitsverteilung) betrug 1992 für West-Berlin 0,30 und für Ost-Berlin 0,28.

Schaubild 3

Durchschnittlich verfügbares Haushaltseinkommen in Berlin 1992 nach Terzilen

Verfügbares Einkommen je Berliner Privathaushalt = 100



DIW 94

Ausblick

Zu Beginn dieses Jahres hat es für viele Einkommensbezieher in Deutschland ein böses Erwachen gegeben. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wurde spürbar erhöht, in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung sind die Beitragsbemessungsgrenzen gestiegen, Sozialleistungen wurden gekürzt¹¹.

Die Arbeitnehmer in den westlichen Bezirken Berlins wurden über die zusätzlichen Sozialversicherungsabgaben hinaus — von der beamtete Arbeitnehmer allerdings nicht tangiert wurden¹² — empfindlich von der erwähnten Halbierung der Berlin-Zulage getroffen. Im Durchschnitt machte dies rund 150 DM aus (Tabelle 5); bei höheren Bezügen war der „Einkommensverlust“ größer. Anders als in Ost-Berlin dürften die diesjährigen Tarifierhöhungen im Westteil der Stadt die Einkommenseinbußen der Arbeitnehmer keineswegs kompensieren. Bei sich einander angleichenden Preissteigerungsraten ist die Kaufkraft in den westlichen Bezirken Berlins 1994 abermals geringer, in den östlichen Bezirken höher als im Jahr zuvor.

In den nächsten Jahren dürfte sich das Einkommensniveau in Ost-Berlin dem in West-Berlin weiter nähern. Jedoch wird der Einkommensrückstand der Ost-Berliner Bevölkerung auch zur Jahrtausendwende noch nicht völlig verschwunden sein. Denn während die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer-Haushalte in Ost und West zu Beginn des nächsten Jahrzehnts weitgehend gleich sein werden, dürfte das Pro-Kopf-Einkommen in den Ost-Berliner Rentner-Haushalten auch im Jahr 2000 den West-Berliner Vergleichswert noch immer nicht ganz erreichen¹³.

¹¹ Vgl. Soziale Sicherung — Neuregelungen zum 1. Januar. In: Bundesarbeitsblatt, Nr. 1/1994, S. 8 ff.

¹² Beamte sind von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung befreit. Im Lohnsteuerabzugsverfahren wird bei ihnen deshalb eine geringere Vorsorgepauschale steuermindernd berücksichtigt als bei nichtbeamteten Arbeitnehmern.

¹³ Vgl. Sozialer Wohnungsbau in Berlin im Spannungsfeld von steigender Nachfrage und notwendigen Reformen. Bearb.: Bernd Bartholmai, Klaus-Dietrich Bedau und Erika Schulz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 4/1994, S. 55 ff.

Tabelle 5

Monatliches Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer in Berlin 1993 und 1994 in DM

	1993	West-Berlin 1994		1993	Ost-Berlin 1994	
		vor	nach ¹⁾ Tarifierhöhung		vor	nach ¹⁾ Tarifierhöhung
Bruttolohn oder -gehalt	5 111	5 111	5 187	4 075	4 075	4 400
— Lohnsteuer	1 240	1 240	1 267	895	895	999
— Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung	956	999	1 014	744	778	840
= Nettolohn oder -gehalt	2 915	2 872	2 906	2 436	2 402	2 561
+ Berlin-Zulage	204	102	104	—	—	—
= Nettoeinkommen	3 119	2 974	3 010	2 436	2 402	2 561

¹⁾ Es wird unterstellt, daß sich die Tarifierhöhungen in West-Berlin um 1,5 vH und in Ost-Berlin um 8 vH auf Durchschnittslohn oder -gehalt auswirken.

Quelle: Berechnungen des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. DM 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. DM 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (Im Druck).

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettli, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann.

Schlechte Absatzlage bewirkt Gewinneinbrüche. Bearbeitet von Bernd Görzig. —

Noch immer beträchtlicher Einkommensabstand zwischen West-Berlin und Ost-Berlin Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304